

TSCHECHISCHE STELLUNGNAHMEN ZUM TRANSFER- PROBLEM UND ZUR TRANSFER-TATSACHE*

Von Oswald Kostrba-Skalicky

Die Behandlung des gestellten Themas ist im großen und ganzen eine trostlose Bestandsaufnahme von Resultaten einer politischen Entwicklung und Praxis, die — obwohl geschichtlich erklärbar — beinahe ausschließlich auf mechanistischen Formeln geschichtlicher und individualistischer Bindungslosigkeit sowie auf Nichtbeachtung der mitteleuropäischen und böhmischen geschichtlichen Zusammenhänge basiert.

Um es vorwegzunehmen: Die Stellungnahmen tschechoslowakischer offizieller Repräsentanten von der Zeit des Reifens des Transfergedankens an bis zur Zeit seiner Durchführung, sowie auch die Tatsache der nichtvorhandenen Stellungnahmen offizieller tschechoslowakischer Repräsentanten diesseits und jenseits der Grenzen seit der Durchführung des Transfers bis zum heutigen Tag, dienten und dienen überwiegend dem politischen Engagement, der Rechtfertigung und der Legende; der Legende von der angeblich „einzig möglichen“, „gerechten“ und „gerechtfertigten“ Lösung, der Legende von der „Endlösung“ der deutschen Frage der böhmischen Länder. Endlösungen und deren Rechtfertigungen sollten jedoch, ohne Rücksicht auf die Urhebererschaft, ein Gefühl des Mißbehagens hervorrufen, und offizielle Stellungnahmen und Zitate aus einschlägigen Publikationen bedeuten weniger als nichts, wenn man sie außerhalb der tatsächlichen Zusammenhänge betrachtet. Erst auf den Hintergrund der kontinuierlichen Entwicklung zwischen Vergangenheit und Gegenwart projiziert, in den Ablauf des Geschehens eingereiht, ergeben sie ein objektives Bild.

Die Aussiedlung der böhmisch-mährisch-schlesischen Deutschen ins Ausland — und vom Standpunkt der böhmischen Geschichte, vom Standpunkt der tschechischen ebenso wie der deutschen Böhmen, waren 1945 die Provinzen, die sich einst Deutschland nannten, „Ausland“ — und die Ereignisse des Transfers in die Landesgeschichte, in den wechselvollen Ablauf des tschechisch-deutschen Zusammenlebens mit seinen ups und downs einzureihen, bleibt die erste Voraussetzung zur Entlegendarisierung, die es zu vollziehen gilt, wenn man sich um die Ortung des tatsächlichen tschechischen Standpunkts zu dem Ereignis des Transfers bemüht. Es ist verführerisch und deutscherseits fehlte es diesbezüglich nicht an Versuchen, die Erklärung des beinahe Unerklärlichen in einem gewagten Brückenschlag zwischen der Ex-

* Vortrag, der anlässlich einer Tagung des Collegium Carolinum in Ansbach am 21. November 1965 gehalten wurde.

plosion der Nachkriegszeit 1945 und geschichtlich bekannten, längst vergangenen elementaren Eingriffen in das Zusammenleben beider Völker zu finden. Das Wort „Hussitensturm“ bot sich förmlich an, wurde deutscherseits aufgegriffen und auch in sudetendeutschen Publikationen benützt, und bleibt doch nur das, was es immer gewesen war: ein irreführender Slogan. Auf der Suche nach dem Ursprung der tschechischen, bzw. tschechoslowakischen Reaktion auf die Tatsache der Aussiedlung übersah man, wie so oft bei anderen Gelegenheiten, daß es keine lebendige Verbindung vom Hussitismus zur modernen tschechischen Geschichte gibt. Man übersieht oder übersah deutscherseits die Periode der nationalen Ohnmacht, des sprachlichen Verstummens des Tschechentums, die Zeitscheide zwischen der alten und modernen böhmischen, respektive tschechoslowakischen Eigenstaatlichkeit. Man übersah das „Jahr Null im modernen politischen Bewußtsein des Tschechentums“. Aber auch bei Berücksichtigung dieser Zäsur bleibt das Bemühen, jenseits dieser Zeitscheide in der böhmischen Geschichte nach Signalen des Kommenden zu suchen, ohne Erfolg. Der Exodus der Deutschen in der Hussitenära — wenn eine solche mikrohistoriographische Bemerkung erlaubt ist — läßt die Absicht und den Gedanken einer totalen Lösung in der tschechischen Vergangenheit missen. Gerade die Ereignisse der hussitischen Zeit, um sie ganz kurz zu streifen, überraschen durch eine Großzügigkeit in der technischen Durchführung und der Behandlung der Unterlegenen, durch die der Mensch des Mittelalters seine Nachfolger beschämt.

Aber auch später finden sich weder in Dokumenten, noch in Aussagen von Zeitgenossen Hinweise, daß Visionen einer Trennung, einer totalen Trennung, einer Trennung bis zur Konsequenz einer Aussiedlung mit gewalttätigen Mitteln, im Gedankengut des Volkes vorhanden gewesen wären. Darüber müßte noch eine ausführliche Studie geschrieben werden. Um nur zwei charakteristische Beispiele anzuführen: weder bei Mikuláš Dacický de Heslow, der nachgewiesenermaßen kein Deutschenfreund gewesen war — um einen Zeugen der Ära am Vorabend des Aufstandes der böhmischen Stände und den Zeugen einer national beunruhigten Zeit zu nennen —, noch bei Havlíček — um einen in einer ebenso unruhigen Zeit sich auf den Hussitismus berufenden Radikalen zu befragen — finden wir Anzeichen einer Geisteshaltung, deren Weiterentwicklung die Idee des Transfers hätte gebären können. Im Jahre 1952 bemühte zwar der in England lebende tschechische Publizist Kašpar in seiner Broschüre „Proč bez sudetských Němců“ [Warum ohne den Sudetendeutschen] Havlíčeks Nekrolog für die ersten Föderalisationsversuche des österreichischen Reiches und meint, Havlíček hätte in seinen Versen „nicht nur die 100 Jahre späteren Ansichten auf die deutsche Frage in Böhmen, sondern auch eine Lösung derselben vorweggenommen“, als er schrieb: „Schade, daß damals, als wir uns erhoben hatten, wir euch nicht besser kannten. Wir hätten euch besser kennen, auf einen Leiterwagen laden, über die Grenze karren und dort abladen sollen.“

Nun ging es aber bei Havlíček, auf den Kašpar seine Beweisführung aufbaut, um die Auseinandersetzung mit führenden Persönlichkeiten, um die

Auseinandersetzung mit den deutschen Gegnern des Austro-Slawismus, um deutsche antiföderalistische Elemente, um jene Stimmen, die sich aus Frankfurt vernehmen ließen, nachdem der böhmische Landespatritismus zerfallen und in den Wirren der Jahre 1848—49 untergegangen war. Es ging Havlíček trotz seines Radikalismus nicht um die Idee einer Massenausiedlung, oder einer definitiven, endgültigen, radikalen Trennung beider Völker.

Die tschechischen Publizisten und auch Historiker, die gern in der Vergangenheit nach der Rechtfertigung des nur schwer zu Rechtfertigenden suchen, übersehen eines: im Geschichtsbewußtsein der Tschechen ebenso fest verankert wie das vereinfachende, gleichsetzende und falsche Bewußtsein der angeblichen Identität zwischen Rom und Wien, zwischen Deutschtum und Katholizismus und ebenso unverwüstlich, wie das Ressentiment gegen Habsburg, das Jahrhunderte zu überleben vermochte, war auch das Bewußtsein der Existenz des national „zweifachen“ Volkes Böhmens, das wenn auch unfreiwillige Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, des Nebeneinander und Miteinander im Guten wie im Bösen der Tschechen und Deutschen, zweier Völker in einem Raum. Vorhanden war ebenso die historische Erfahrung des Landespatritismus, wie auch die der gegebenen Konkurrenz und Rivalität. Ebenso wie die Auseinandersetzung mit Wien und die oft mißverständene Auseinandersetzung mit Rom in der modernen tschechischen Geschichte war auch die Verbundenheit, das Zusammenleben und die Gegnerschaft der beiden Völker ein untrennbarer, fester Bestandteil des politischen und nationalen Bewußtseins jener tschechischen Eliten, die zum erstenmal in der Ära der Erwecker, erst zögernd, später immer kraftvoller, die politischen Sprecher des Tschechentums gewesen waren.

Diese so weit zurückliegenden Umstände müssen besonders betont werden, denn — und dies ist, wenn auch nicht lückenlos, doch aber überzeugend nachweisbar und aus Dokumenten ersichtlich — die Saat, aus der das Rezept einer kompromißlosen Lösung der nationalen Problematik Böhmens in Form der endgültigen Trennung als auch die heutige Einstellung, d. h. die bejahende Einstellung gegenüber dem Transfer erwachsen sind, wurde erst in den Boden der Geschichte eingebettet, als die Führung des Tschechentums in einem langen, komplexen und geschichtlich bedingten Prozeß endgültig auf die Radikalen übergegangen war, auf jene Schichten des tschechischen Volkes, denen die unmittelbare Erfahrung der nationalen Zweisamkeit im positiven und im negativen Sinne fehlte.

Im Gegensatz zum tschechischen nationalkonservativen Lager mit seinen weit zurückreichenden Traditionen, im Gegensatz zu den breiten Massen z. B. der tschechischen Landbevölkerung, war es eine gewisse Geschichtslosigkeit der tschechischen Radikalen, von der keine Brücke zu dem strukturell unterschiedlichen böhmischen Deutschtum führte. Die Radikalen, die führenden Persönlichkeiten des tschechischen radikalen Lagers, besaßen keine unmittelbare Beziehung, keine vererbte Erinnerung und keine Erfahrung zum und mit dem böhmischen Landespatritismus und blieben von der Symbiose beider Völker in einem Land weitgehendst unbeeinflußt. Nur eine vollkom-

mene Bindungslosigkeit zur gemeinsamen Landesgeschichte der böhmischen Tschechen und Deutschen konnte das Konzept der Aussiedlung hervorbringen und akzeptieren.

Das tschechische konservative Lager, der Erbe der einstigen föderalistischen Tendenzen in der tschechischen Politik, bewahrte auch in seiner bürgerlichen und großbürgerlichen Version der republikanischen Ära, zwischen 1918 und 1938, sowie auch im Lager der tschechischen Sozialdemokratie (Švehla, Kramář, Hodža, aber auch Šmeral und Bechyně, um nur wenige symbolische Namen zu nennen) noch Spuren persönlicher, bürokratischer und sozialer Erfahrung des traditionellen Zusammenlebens der Tschechen und Deutschen und auch die kompromißlosesten Nationalisten des Bürgertums und die auf einer echten Solidarität der Klassen aufbauenden Sozialdemokraten konnten keine radikale Lösung, wie wir sie 1945 erlebten, als politisches Konzept hervorbringen oder akzeptieren.

Die Entwicklung dieses Lagers, das etwas unpräzis als „konservativ“ bezeichnet wird — denn die moderne tschechische Spielart des „Konservatismus“ stellt ein ganz spezifisches Phänomen dar —, führte zwar von den Alt-Tschechen über die Jung-Tschechen zu den eher liberalen tschechischen Klerikalen und Agrariern und zu den national gehemmten Sozialdemokraten, vom ausgesprochen konservativen zum liberalisierten und verwässerten Programm, aber die föderalistischen Elemente, d. h. das Wissen um die Einheit Böhmens und um Mitteleuropa als Schwerpunkt eines jeden politischen Konzepts, blieben, wenn auch durch die Umwälzungen des Ersten Weltkrieges und die Ereignisse nach 1918 zurückgedrängt, doch unvergessen und offenbarten sich am Vorabend der Sudetenkrise, d. h. in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre, in Form einer Kritik am offiziellen tschechoslowakischen Konzept der Anlehnung an außermittleuropäische Mächte und als Kritik an der offiziellen Minderheitenpolitik.

Die Erklärung des endlösungsartigen Schemas der Aussiedlung und der Schlüssel zu der diesbezüglichen Stellungnahme ist daher im Werden und Wachsen, im sozialen und historischen Background jener tschechischen Führungseliten zu suchen und zu finden, die das Schicksal des tschechoslowakischen Staates bestimmten, im Exil des Zweiten Weltkrieges zur alleinigen Führung aufstiegen und dann einen unwidersprochenen und ausschließlichen Einfluß ausübten. Nur durch die Umschichtung der führenden tschechischen politischen Garnitur wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Prinzipien des Transfers unwidersprochen in die Tat umgesetzt werden konnten, und zwar als wesentlicher Bestandteil einer mißverstandenen, verspäteten nationalen und sozialen Revolution, die das bis zur letzten Konsequenz verwirklichte programmatische Erbe jener Radikalen repräsentierte, denen die Symbiose beider Völker im gleichen Raum kaum persönliche Erfahrung, noch weniger aber Bedürfnis und historische Gegebenheit bedeutete. Um auch hier schlaglichtartig, d. h. vereinfachend den Trend aufzuzeigen, könnten Namen wie Arnold, Frič, Sladkovský, Klofáč, Beneš, Zenkl, Luža, die die allgemeine Entwicklung von damals bis heute symbolisierten, genannt werden.

Wenn wir auf diese Art das sozialpolitische Terrain abgesteckt haben, können wir uns der Entwicklung des tschechischen, respektive tschechoslowakischen Standpunktes zuwenden. Ein verschwommenes und vages Bekenntnis zum natürlichen, nicht zum historischen Recht als Leitbild und die sich daraus ergebende Unverbindlichkeit und Aushöhlung des Erbes des Begriffs der „Länder der Böhmisches Krone“, das Denken in außermittleuropäischen und, vom böhmischen Standpunkt aus gesehen, ungeschichtlichen Kategorien sowie die sich daraus ergebende Empfänglichkeit für fremde Muster, dies alles fand seinen Niederschlag in der latenten Bereitschaft der tschechischen Politik, die Unantastbarkeit der Einheit der böhmischen Länder und ihrer Völker aufzugeben. Die ersten Anzeichen dafür, daß man Prinzipien, die der konservativen tschechischen Politik als heilig galten, zum Gegenstand strategisch-staatlicher oder auch taktisch-politischer Überlegungen anzusehen bereit war, zeigten sich bereits 1918. Es waren Anzeichen, denen retrospektiv ein vorbestimmender Charakter nicht abgesprochen werden kann.

In seinem Buch „Nová Evropa“ berührte Thomas G. Masaryk zum ersten Male den Gedanken, einen Teil jener deutsch besiedelten böhmischen Territorien, „wo nur einige Tschechen wohnen“, an das damalige Deutsch-Österreich abzutreten. Auf diese Weise, meinte Masaryk, könnte man die Anzahl der Deutschen in Böhmen ungefähr um eine Million reduzieren. Es folgte Benešs der Friedenskonferenz 1918/19 unterbreiteter Vorschlag, „einige territoriale Ausläufer Böhmens, die außerhalb der von Militärs geforderten Grenzen lagen, an das Reich abzutreten“. Man zeigte Bereitschaft, vom Standpunkt der traditionellen tschechischen Politik, unorthodoxe Methoden anzuwenden, um an einer Einheit zu rühren, die doch Jahrhunderte lang das tschechische politische Programm personifiziert und symbolisiert hat. Auch erlebte ungefähr zu der Zeit Europa die erste unfreiwillige Völkerbewegung auf Grund der Konvention von Lausanne vom 30. Januar 1923: eine Million Griechen und ca. eine halbe Million Türken mußten gezwungenermaßen ihre Heimat verlassen. Die Tendenz zur Schaffung national einheitlicher Staaten vollzog in jener Zeit den Schritt von der freiwilligen zur unfreiwilligen Umsiedlung der Bevölkerung. Die Entwicklung ist am besten durch den Vergleich mit der Konvention von Neuilly aus dem Jahre 1920 illustriert: die Konvention von Neuilly regelte den Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und Bulgarien noch auf Grund eines freiwilligen Domizilwechsels und zwar als Fortsetzung und Vervollständigung des Vertrages zwischen der Türkei und Bulgarien aus dem Jahr 1913 und der Türkei und Griechenland aus dem Jahr 1914. Es scheint, daß die Bereitschaft, die geschichtliche Einheit Böhmens ebenso im territorialen wie im demographischen Sinne aufzugeben, nicht nur bei den sudetendeutschen Radikalen — denen es zum Vorwurf gemacht wurde und wird —, sondern auch bei den tschechischen Gegenspielern ein beachtenswertes Ausmaß im politischen Denken einzunehmen begann. Es sei hier die Mission des tschechoslowakischen sozialdemokratischen Ministers für soziale Fürsorge, Nečas, erwähnt, der im persönlichen Auftrage des Präsidenten Dr. E. Beneš bei seinem französischen Parteifreund Léon Blum im

September 1938 vorzufühlen hatte, ob man Hitler nicht mit Gebietsabtretungen zufriedenstellen könnte. Es handelte sich „um ca. 4000 bis 5000 km² tschechoslowakischen Gebietes, wobei Demokraten, Sozialisten und Juden bei uns bleiben würden“, wie Dr. Beneš in seinem Auftrag schrieb. Wir sehen hier ein Beispiel für eine graduelle Entwicklung, die, wenn auch aus humanitären Überlegungen, bereits in Kategorien von Bevölkerungsbewegungen dachte.

Das Schwinden des Bewußtseins von einer „historischen Einheit Böhmens und seiner beiden Völker“ vollzog sich also nicht ausschließlich im Denken der sudetendeutschen Radikalen, sondern beeinflusste auch auf tschechischer Seite den Lauf der Dinge. Die Erklärung des tschechischen Hochadels vom 16. September 1938 erfaßte, worum es ging. Man kann für den Zweck dieser Untersuchung die Motivierung, die Hintergründe und die Ziele des als „Loyalitätserklärung“ getarnten Dokumentes außer acht lassen. Beachtenswert bleibt die benützte Definition eines traditionellen Bestandteiles des klassischen böhmischen politischen Programms. Das Dokument sagt u. a.: „Unser Wunsch, daß die alten Grenzen der Böhmisches Krone unberührt bleiben, entspringt unserer Sorge für die, die nach uns kommen werden, und unserem Gefühl der Verantwortung für Freiheit und Wohlergehen auch der böhmischen Deutschen.“ Als eben dieses Gefühl der „Verantwortung für die Grenzen des Landes“ und für das Wohlergehen beider Völker endgültig aus dem politischen Bewußtsein der tschechischen Führungseliten verdrängt wurde oder verschwunden war, öffnete sich der Weg zum totalen Sieg des radikalen Gedankengutes und damit auch der Weg zum Transfer und zu der nachfolgenden unheilvollen weiteren Entwicklung.

Im Verlust dieser Jahrhunderte alten „Verantwortung“ als wahren politischen Erbe Böhmens liegt auch der Schlüssel zum Verständnis der tschechoslowakischen Haltung zur Tatsache des Transfers bis zum heutigen Tag. Die echten, aber auch die konstruierten und gesteuerten Befürchtungen vor einer deutschen „Revanche“ müssen tschechischerseits noch als ungeheuerlich empfunden werden, denn wenn man auch manchmal bereit wäre, die sogenannten Unzulänglichkeiten der tschechischen Durchführung der Aussiedlung, das was z. B. Luža euphemistisch als „Härtefälle“ bezeichnet, zuzugeben, fehlt doch das Bewußtsein der — vom historischen Standpunkt aus gesehen — Ungeheuerlichkeit der Aussiedlung, des Transferprinzips.

Als es im tschechoslowakischen Exil des Zweiten Weltkrieges gelang, den Einfluß der mäßigenden Elemente auszuschalten, oder stark zu reduzieren, war es ein Leichtes, was der Präsident der Republik im Exil, Dr. Beneš, „eine radikale Verminderung der Minderheiten in der ČSR“ nannte, als offizielles Konzept aufzustellen und den Gedanken zu fassen, „die nationale mit der sozial-ökonomischen Revolution zu vereinen“. Die Tendenz der tschechoslowakischen Führung in London während des Zweiten Weltkrieges, die Tendenz des Präsidenten Beneš, das Auswetzen der Scharte von 1938 auch zu einer endgültigen Abrechnung mit seinen deutschen und tschechoslowakischen Opponenten zu nützen, konnten sich ungehemmter entfalten, als andere Be-

denken weggefallen waren. Den Gedanken des Transfers faßte Beneš, wie Hubert Ripka bezeugt und Beneš in seinen Memoiren erwähnt, bereits als er „im Oktober 1938 ins Ausland ging“, also vor dem Konzipieren der nationalsozialistischen Aussiedlungsabsichten im Protektorat und vor den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Besetzung.

Die Gespräche mit den sudetendeutschen Sozialdemokraten Jaksch und Paul in London sowie das, was der tschechoslowakische Gesandte Lisický in seiner 1954 erschienenen Broschüre „die teuflisch berechnende sowjetische Unterstützung des Transfergedankens“ nennt, steckten nur mehr die einzelnen Etappen eines taktischen Vorgehens ab, dessen Ziel es war, einerseits den Transfer für die von den geschichtsfremden Radikalen proklamierten Ziele zu nützen, kommunistischerseits dann die Bevölkerungsbewegung als eine der Voraussetzungen für eine spätere Bolschewisierung des Landes anzusehen, und gleichzeitig auch Mitteleuropa, besonders die Territorien des Deutschen Reiches, für eine aggressive Bewegung Moskaus in westlicher Richtung sturmreif zu machen. „Chaos in Mitteleuropa“ als Ziel auf der internationalen Ebene, das Bestreben, „jeden schuldig werden zu lassen“ auf tschechoslowakischer Ebene sowie eine grundsätzliche Erschütterung der sozialen Struktur des Landes herbeizuführen, hieß das Programm, von den einen bewußt, von den anderen vielleicht ohne richtige Vorstellung der tatsächlichen Konsequenzen verfolgt. Beides durch das Verdrängen jener Kriterien und Maßstäbe ermöglicht, die seit jeher als Richtlinien tschechischer Politik gegolten haben. Die Katastrophe als Folge des Verlassens jener Ideen, die ein integraler Bestandteil des historischen böhmischen Staates gewesen waren, der ja nicht erst 1918 entstanden ist.

Die von Beneš noch in London etwa Anfang 1945 angeordnete Studie, „die Möglichkeit eines Transfers von ca. einer halben Million Sudetendeutscher samt des von ihnen bewohnten Territoriums, sowie der Transfer von ca. einer und einer halben Million ohne Gebiet und das Behalten von ca. 800.000 Sudetendeutschen“ war nur eine Alternative für den Fall, daß die Alliierten ihre Zustimmung zum Transfer nur mit gewissen Einschränkungen erteilen würden. Die Entscheidung war längst gefallen, wie aus der persönlichen Botschaft des Präsidenten Beneš vom 16. 7. 1944 sowie aus der Depesche des Ministers Drtina vom 10. 7. 1944 klar hervorgeht.

In einer Hast, die sogar verhinderte, die persönliche Botschaft des Präsidenten Beneš den Mitgliedern der Londoner Regierung zur Diskussion vorzulegen, erging am 16. Juli 1944 radiophonisch eine in 15 Punkte aufgegliederte Botschaft an die Heimatfront: „Wir rechnen heute mit der Möglichkeit, die Umsiedlung unserer deutschen Bevölkerung durchführen zu können, doch kann man heute noch nicht definitiv sagen, daß man alle, d. h. mehr als drei Millionen Deutsche auf Grund einer internationalen Vereinbarung aus siedeln können wird. Auf diese Art wird es vielleicht möglich sein, nur einen Teil loszuwerden, vielleicht maximal zwei Millionen und deshalb können wir uns nicht auf eine internationale Lösung verlassen und eine solche abwarten. Es ist notwendig, daß soviel Nazis wie nur möglich aus Angst vor der Volks-

revolte von selbst in den ersten Tagen der Revolution aus dem Land flüchten und daß die meisten, die sich als Nazis wehren und Widerstand leisten sollten, in der Revolution erschlagen werden. Denkt immer daran.“ Und an einer anderen Stelle: „Der Präsident meint, daß wir vor Gerichten, besonders aber vor Kriminalgerichten gewarnt sein sollen. Wer den Tod verdient, soll liquidiert werden, sei es durch Ausbruch der Volksempörung, sei es durch Militärmacht und zwar gleich nach dem Umsturz oder während der ersten Tage des neuen Regimes. Wenn möglich, keine sensationellen Gerichtsverhandlungen und Hinrichtungen, das wäre ein großer psychologischer Fehler. Unzweifelhafte Verräter sollen im ersten Aufflammen der Revolution verschwinden, am besten durch Militärmacht, Volksaufstand und Revolution. Gerichte gegen Schuldige können später durchgeführt werden.“

Für den tschechischen Standpunkt zur Tatsache und Durchführung des Transfers nach 1945 waren einige Umstände von grundsätzlicher Bedeutung: Ressentiments aus der Kriegs- und Besatzungszeit, die sehr komplizierte psychologische Situation des tschechischen Volkes sowie das Wissen um die eigene Haltung während des Protektorats. Das alles steigerte das Bedürfnis nach sichtbarer Vergeltung. Die bewußte Selektion der führenden Repräsentanten sowie deren Ziele und politische Praxis, nicht zuletzt die außenpolitischen Implikationen der tschechoslowakischen Nachkriegssituation, insbesondere die spezifische Beziehung zur Sowjetunion, schafften keine Voraussetzung für eine Änderung der im Kriege weit von der Szene des eigentlichen Geschehens gefaßten Meinung und des in England formulierten Standpunktes. Die Stimmen, die sich in der Tschechoslowakei in den Jahren 1945—48 erheben durften, stellten kein Korrektiv der parteilich und staatlich monopolisierten öffentlichen Meinung dar. Der offizielle Standpunkt der 3. Republik (1945—Februar 1948) — die zugegebenermaßen keine Demokratie war — deckte sich mit dem einstigen tschechoslowakischen Memorandum an die vier Großmächte vom 23. November 1944. Der akzeptierte Begriff der deutschen kollektiven Schuld blieb das wirksamste Mittel gegen eventuelle Bedenken um eigene Schuldgefühle. Ein vorbehaltloses Bekenntnis zum Transfer wurde von allen damals zugelassenen Parteien der Nationalen Front wiederholt abgelegt. Es kam sogar zu einer gewissen Rivalität, die Verdienste um die Durchführung der Aussiedlung zu beanspruchen. Es sei auf Benešs Stellungnahme in seinen Memoiren, seine Rede in Lidice vom 10. Juni 1945 und unzählige Reden Abgeordneter aller Parteien im Parlament und in öffentlichen Veranstaltungen hingewiesen. (Als Beispiele: Josef David, Nichtkommunist, 28. Mai 1947, Fedor Hodža, führender Repräsentant der slowakischen demokratischen Partei im Prager Parlament am 12. April 1946, Dr. Rohzenal, Sprecher der katholischen Volkspartei im Prager Parlament am 10. Juli 1946, Dr. Rehulka, führender Repräsentant der Volkspartei, am 12. Feber 1946.)

Klang am Anfang noch angesichts des wachsenden Gefühls des Mißbehagens bei einem Teil der Bevölkerung das Motiv einer eventuellen Rechtfertigung der begangenen Tat leise mit, so gab es in der zweiten Phase der 3. Republik, d. h. vor dem Februar-Putsch, überhaupt keine offiziellen Stel-

lungennahmen zur Tatsache des Transfers. Man identifizierte sich mit dem Beschluß der Potsdamer Konferenz und legte die Angelegenheit ad acta. Es bestand bei jenen, die für das öffentliche Leben der damaligen Zeit verantwortlich zeichneten, kein Bedürfnis, am Geschehenen etwas zu rektifizieren. Die deutsche Frage, von tschechischer offizieller Sicht aus, und nicht nur in ihrer spezifisch böhmischen Version, „war für ewige Zeiten gelöst worden“.

Die wenigen Publizisten und Publikationen, die sich damals, zwischen 1945 und 1948, trauten, nicht die Tatsache, sondern nur die Begleiterscheinungen der Aussiedlung zu kritisieren, kann man an den Fingern einer Hand abzählen: die Zeitschrift „Obzory“, die zwar der Volkspartei gehörte, aber von der Parteiführung selbst wegen ihrer diesbezüglichen „Unvorsichtigkeit“ in der deutschen Frage mit Mißtrauen beobachtet wurde; das Wochenblatt „Dnešek“, seltener schon die sozialdemokratische „Svět Práce“ [Die Welt der Arbeit]. Es ist nicht ohne Interesse, daß zwei der Publizisten, denen es gelang, ab und zu einen kritischen Artikel zum Abdruck zu bringen, Michal Mareš und Pavel Tigrid, aus dem trotzkistischen Lager kamen. Michal Mareš wurde auch wegen der Schilderung von an Deutschen begangenen Greuel-taten, für die er die kommunistisch geführten Nationalausschüsse verantwortlich machte, Ende 1948 zum Tode verurteilt. Die Strafe wurde aus Rücksicht auf ehemalige Parteibindungen nicht vollstreckt und es scheint, daß Mareš still und leise rehabilitiert wurde und publizieren darf.

So bemerkenswert diese wenigen Kritiken gewesen sind, sie unterstrichen nur die Verschwörung des Schweigens, das damals in der Tschechoslowakei nicht nur die Aussiedlung umgab.

Die endgültige kommunistische Machtübernahme in Prag im Feber 1948, die nur ein administrativer Vollzug der Gegebenheiten gewesen war, bedeutete keine Zäsur in der tschechischen Haltung gegenüber der Transfer-Tatsache. Man merkt auch heute, daß das Prager Regime zwar bereit ist, zur Problematik des Münchner Vertrages von 1938 die Stimme zu erheben, aber immer seltener die Notwendigkeit empfindet, sich mit den Aktivitäten der Vertriebenen in der Bundesrepublik zu befassen, oder das Gespenst der deutschen Gefahr, den Revanchismus und die atomare Aufrüstung mit Hinweisen auf die Tätigkeit der ehemaligen deutschen Mitbürger zu verbrämen. Das Regime steht zu den Beschlüssen von Potsdam und zu dem Prager Abkommen zwischen Prag und Pankow. Zur vollzogenen Tatsache der Vertreibung wird geschwiegen, außer Hinweisen auf die integrierten Ausgesiedelten in der DDR. Dies geschieht insofern mit einer gewissen Berechtigung, als die neu heranwachsenden Generationen in den böhmischen Ländern die Problematik des Transfers und der ehemaligen tschechisch-deutschen Beziehungen nicht mehr empfinden. Diesbezüglich ist das Bewußtsein der vergangenen deutsch-tschechischen Gemeinsamkeit tot. Auch in den problematischen Beziehungen zur DDR, die stellvertretend für das akzeptable Deutschtum auftritt, wird die Tatsache einer gemeinsamen deutsch-tschechischen Vergangenheit nicht berührt.

Ein besseres Wissen um das einstige tschechisch-deutsche Zusammenleben

und seine kulturellen und auch politischen Auswirkungen könnte die psychologischen und politischen Konsequenzen der immer noch empfundenen deutschen Gefahr in der Tschechoslowakei entschärfen und dadurch den tschechischen Hang, in slawischer bzw. sowjetisch-slawischer Solidarität, wenn auch nur unbewußt, eine entsprechende Rückendeckung zu suchen, neutralisieren.

Dürften manche Anzeichen — die meisten von ihnen überschätzt — für gewisse Möglichkeiten einer geistigen Entwicklung in der ČSSR Anlaß zu Hoffnungen bieten, so bezieht sich dies kaum auf die tschechische Einstellung zum böhmischen Deutschtum. Die Träger einer eventuellen schrittweisen und langwierigen Erneuerung, die mittlere und jüngste tschechische Generation, haben durch die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte auch das leiseste Ahnen von einer engeren Bindung zwischen den beiden Völkern verloren. Obwohl in der heutigen ČSSR die allgemeine Einstellung der Bevölkerung zu der durch die Aussiedlung geschaffenen Problematik kein Positivum bedeutet, muß den besonderen Umständen eines totalitären kommunistischen Staates Rechnung getragen werden. Die Menschen drüben haben Anspruch auf jene Nachsicht, die kaum ihrem Regime zusteht und noch weniger jenen, die diesseits der Grenze zu Sprechern des in Freiheit lebenden Tschechentums geworden sind.

In der Frage der Aussiedlung und der tschechisch-deutschen Beziehungen unterscheidet sich die Haltung des offiziellen tschechischen Exils nicht von der Haltung des Prager Regimes. Auch die Majorität der Emigration sieht die Aussiedlung der Sudetendeutschen als eine unabänderliche und für immer abgeschlossene Angelegenheit an. Als Letztes in einer schütterten Reihe von Zeitungsartikeln und Pamphleten steht die zusammenfassende Erklärung des Rates der Freien Tschechoslowakei (Washington, Juni 1960), in der mehr oder weniger der Standpunkt des Prager Vertrages zwischen Pankow und ČSR wiederholt wird und die der bemerkenswerten Ansicht huldigt, daß ein Problem dann nicht existiere, wenn der eine Partner nicht gewillt ist, darüber zu sprechen. Die Tatsache der Aussiedlung, der vollzogenen und unabänderlichen Trennung beider Völker, stellt für das offizielle tschechoslowakische Exil den Ausgangspunkt dar, von dem aus es eventuell bereit wäre, Gespräche mit den Deutschen, d. h. mit der Deutschen Bundesrepublik aufzunehmen.

Es fehlte nicht an sudetendeutschen und tschechischen Versuchen, das Monopol des in seiner Haltung antiquierten Rates der Freien Tschechoslowakei zu umgehen oder zu brechen. Man muß nur an Wiesbaden oder Eichstätt erinnern, an die nicht wenigen sudetendeutschen Bemühungen, jeden tschechischen Partner zu akzeptieren, sofern er nur die Bereitwilligkeit zeigte, Partner zu sein. Die Antwort auf die berechtigte Frage, was aus solchen Bestrebungen geworden oder was von ihnen geblieben ist, stimmt nicht zuversichtlich. Die Gemeinsamkeit beschränkte sich auf einzelne Persönlichkeiten, deren Integrität meistens nicht genügte, um den Mangel an Gefolgschaft und Resonanz im Exil wettzumachen. Es sei hier an den taktischen Versuch

einer Annäherung des ehemaligen Ministers Stránský an Lodgman von Auen oder an die Publikationen der tschechischen Exilzeitschriften „Skutečnost“ und der „Democratia Militans“ sowie an die Stellungnahmen einzelner erinnert. Eine erwähnenswerte Stellungnahme ist vielleicht die Broschüre „Problem Revoluce a kolaborace“ [Das Problem der Revolution und Kollaboration] von Dr. Hájek (München 1956) sowie die Broschüre des ehemaligen tschechoslowakischen Gesandten Lisický „Problem česko-německý“, aber sie bleiben vereinzelte Dokumente, beachtlich in ihrer Haltung, doch ohne Einfluß und schon vergessen, vom offiziellen Exil verworfen. Und doch ist z. B. die klarste Stellungnahme zum Transfer in der Publikation von Dr. Hájek ein Beweis, daß auch unter der tschechischen intellektuellen Generation der Ersten Republik einzelne erfaßten, wie weit sich der Staat nach 1945 von den einst proklamierten Prinzipien entfernt hatte. So schrieb Dr. Hájek: „Die Aussiedlung der Deutschen, von Beneš seit 1938 geplant, bedeutet eine Verleugnung aller Grundsätze, auf die sich die Erste Republik berief und unterstellte die Ideen einer humanitären Demokratie dem Prinzip der Barbarei. Gestützt auf den verfehlten und unhaltbaren Leitgedanken der kollektiven Schuld, der jede brutale Ungerechtigkeit rechtfertigen kann, stellte der Plan der Austreibung von Millionen ohne Rücksicht auf individuelle Schuld oder Unschuld, die Austreibung ohne jeden Besitz in ein Land, das in Trümmern liegt, eine Lösung dar, die man eher mit dem nationalsozialistischen System der Konzentrationslager und Gaskammern, als mit einer eines zivilisierten Volkes würdigen Politik vergleichen kann.“

Aber hauptsächlich bei prominenten Persönlichkeiten des tschechoslowakischen Exils, besonders Angehörigen des Rates der Freien Tschechoslowakei, scheinen die Kontaktaufnahmen und die vagen Versuche, Stellung zu beziehen, überwiegend vom taktischen politischen Denken bestimmt worden zu sein. Der meist sofort erfolgte Rückzug, bzw. der Rückfall ins übliche Schweigen rechtfertigen eine solche Vermutung. Eine eigentümliche Zurückhaltung oder Lähmung zeigen auch solche tschechische Repräsentanten, denen Zugehörigkeit zu Glaubensgemeinschaften oder zu politischen, übernationalen oder ideologischen Organisationen, die sich nicht im Gegensatz zum Deutschtum befinden, den Brückenschlag erleichtern sollte.

Um zusammenzufassen, es gibt kaum tschechische Stellungnahmen, die Gewicht besitzen und sich vom Transfer klar distanzieren. Noch weniger gibt es solche, die den Gedanken einer Renaissance der tschechisch-deutschen Beziehungen ins Auge fassen würden und der Meinung wären, daß das tschechisch-deutsche Problem einer Lösung bedürfe, die eine Voraussetzung für eine entsprechende Rolle Mitteleuropas zwischen den zwei Blöcken bedeutet. Die tschechische Exil-Publizistik von Australien bis zu den Vereinigten Staaten kann kaum einen ausschlaggebenden Beitrag zur Verständigung vorweisen. Im Gegenteil, es fehlt nicht an Rückfällen in unversöhnliche Töne, wie z. B. das Resultat einer langjährigen Arbeit von Radomír Luža: „The Transfer of the Sudeten Germans, a Study of Czech-German Relations“ zeigt, bis jetzt der ausführlichste Versuch, die offizielle Stellungnahme des Prager Re-

gimes und des offiziellen tschechischen Exils zur Aussiedlung zu untermauern und zu rechtfertigen.

Während das Prager Regime keine überflüssigen Worte verschwendet und kein Bedürfnis empfindet, die Aussiedlung zu rechtfertigen, brachte es die geographische Situation des offiziellen Exils, die Konfrontation mit den Opfern des Transfers sowie die steigende politische Bedeutung des Deutschtums als auch das gewisse Gefühl des Mißbehagens bei einzelnen Exilpersönlichkeiten mit sich, daß man an den offiziellen Publikationen des Exils sozusagen die Anatomie des tschechischen Standpunkts untersuchen kann.

Sein Ziel heißt Rechtfertigung und man versucht eine solche mit ungefähr folgender Methodik zu erreichen:

1. Man versucht eine traditionelle enge Verknüpfung des gesamten Sudetendeutschtums mit all- und großdeutschen Tendenzen historisch nachzuweisen.
2. Man konfrontiert die Erste Republik und ihre Minderheitenpolitik mit der sudetendeutschen Irredenta bzw. mit dem sich mit dem Nationalsozialismus identifizierenden Sudetendeutschtum.
3. Man schiebt die Verantwortung für die Zerschlagung des tschechoslowakischen Staates 1938 auf das Sudetendeutschtum.
4. Man weist auf die genociden Pläne Hitlers im Protektorat Böhmen und Mähren und auf die Opfer der Besatzungszeit hin.
5. Man rechtfertigt die Aussiedlung als Mittel zur Befriedung der böhmischen Länder und Mitteleuropas, man beruft sich auf die Klassiker des Aussiedlungsgedankens: Nansen, Venizelos, Klausner, Thompson, Laverigne. Man weist auf Präzedenzfälle hin: Türkei, Griechenland, Bulgarien sowie auf deutsche Aussiedlungsmaßnahmen in Polen und Danzig.
6. Man erbringt Nachweise für die angeblich humane Durchführung der Aussiedlung, man unterstreicht die Bereitschaft, sogenannte Härtefälle anzuerkennen, man hebt die Privilegien für Demokraten bzw. Antifaschisten hervor.
7. Man weist auf die internationale Anerkennung der Aussiedlung hin (Potsdam).
8. Man erbringt den statistischen Hinweis — der anfechtbar und zum Gegenstand mancher Auseinandersetzungen geworden ist —, daß deutsche Behauptungen und Angaben über Verluste an Menschenleben während der Aussiedlung nicht stimmen.
9. Man erbringt den Nachweis der Assimilierung der ausgesiedelten sudetendeutschen Volksgruppe in Westdeutschland und in der DDR.
10. Man weist auf die undemokratischen, neonazistischen Tendenzen unter den Vertriebenenorganisationen hin.
11. Man beruft sich schließlich auf die öffentliche Meinung in der Tschechoslowakei.

Doch die angewandte Methodik, die Zurückhaltung des Prager Regimes, die Ausführlichkeit mancher Exilautoren, ändern nichts an der Tatsache, daß, von Ausnahmen einzelner abgesehen, der tschechoslowakische Standpunkt zur Frage der Aussiedlung eine geschichtsfremde These bleibt, eine These vom endgültigen Ende dessen, was die böhmische Geschichte durch Jahrhunderte bestimmte, die These vom Ende des tschechisch-deutschen Zusammenlebens an der Grenze zwischen Deutschtum und Slawentum, an der Nahtstelle zwischen Ost und West.

Es überschreitet bereits den Rahmen dieser trostlosen Bestandsaufnahme, wenn abschließend die Überzeugung ausgesprochen wird, daß trotz allem, trotz westlichem und auch östlichem Unverständnis der tschechischen wie der sudetendeutschen Seite die Aufgabe gestellt ist, alles zu tun, damit der schmerzliche und einschneidende Transfer und seine Problematik eine Episode in der wechselvollen Beziehung der Böhmen tschechischer und deutscher Zunge bleibt.

Literatur

- Kašpar, F. M.: Proč bez sudetských Němců [Warum ohne den Sudetendeutschen]? Leamington Spa 1952.
- Mnichov v dokumentech [München in Dokumenten]. Prag 1958.
- Beneš, E.: Memoirs. Boston 1954.
- Lisický, K.: Problem česko-německý [Das tschechisch-deutsche Problem]. London 1954.
- Hájek, J. H.: Problem revoluce a kolaborace [Das Problem der Revolution und Kolaboration]. München 1956.
- Willars, Chr.: Böhmisches Zitadelle. Wien 1965.
- Prečan, V.: Z korespondence Slovensko-Londýn. Príspevky k dejinám KSČ [Aus der Korrespondenz Slowakei-London. Beiträge zur Geschichte der KSČ]. Prag VI/1964.
- Heymann, G. F.: John Zizka and the Hussite Revolution. Princeton 1955.
- Laffan, R. G. D.: Survey of International Affairs 1938. Vol. 2. Oxford 1951.